

# Der Wiederaufbau des Berliner Hilfsschulwesens nach 1945 — Lehrerausbildung und Unterricht in einer Hilfsschule

Als Lehrer in der Berliner Hilfsschule 1947

Jochen Synwoldt

Der Wiederaufbau des Hilfsschulwesens nach Beendigung des Krieges erfolgte unter großen Schwierigkeiten. In der NS-Diktatur war diese Schulform zu einer Schule für „minderwertige Kinder“ geworden, denen die Unfruchtbarmachung nach ihrer Schulentlassung drohte. Die Schulabgänger wurden im Arbeitsprozess eingesetzt, in dem sie sich „bewähren“ sollten, um „brauchbar“ (für den NS-Staat!) zu werden. Diese Aussagen unterwarfen sie jeder Willkür. Von besorgten Eltern, deren Kinder nach 1945 in die Hilfsschule versetzt wurden, kamen immer wieder Fragen, ob jene Bestimmungen noch angewendet würden. Dass alle NS-Gesetze und Verordnungen von den Alliierten bei Kriegsende sofort außer Kraft gesetzt worden waren, hatten sie nicht erfasst oder nicht mitbekommen.

## Die Ausgangslage

Neben diesen menschlichen Problemen waren zahlreiche andere Unzulänglichkeiten zu überwinden: Viele Schulhäuser in Berlin waren zerstört, andere waren geplündert worden. Einige

tausend Lehrer durften wegen ihrer NS-Vergangenheit nicht mehr unterrichten.

Nach den Aufräumungsarbeiten in den verbliebenen Schulgebäuden sollte der Unterricht im Oktober 1945 wieder beginnen. Von einigen Hilfsschulen konnte dieser Termin eingehalten werden. In der Hilfsschule Tempelhof begann der Unterricht erst im April 1946. Andere Hilfsschulen folgten noch später, da die Instandsetzung der Schulgebäude längere Zeit in Anspruch nahm.

Wo wurden die vor 1945 überwiesenen Hilfsschüler in der Zwischenzeit beschult? Einige waren noch evakuiert oder mit ihren Müttern fortgezogen. Manche gingen mit Geschwistern oder Freunden in eine Volksschule, ohne dass die Einweisung in die Hilfsschule aufgehoben war.

Bei den anfangs wenig geordneten Verhältnissen fielen diese „Gäste“ den neuen Lehrkräften nicht gleich auf. Andere blieben zu Hause, da „ihre Schule“ noch nicht wieder eröffnet war. Manchmal scheiterte der Schulbesuch an fehlender Bekleidung oder an Schuhe

Um den Mangel an Lehrkräften zu beheben, wurden „Schulhelfer“ als Lehrer eingestellt. 1947 war vom Berliner Magistrat die Einheitsschule beschlossen worden. Welche Stellung die Hilfsschule im Rahmen der Einheitschule erhalten sollte, blieb zunächst ungeklärt. Dazu kam es in der Folgezeit nicht mehr, weil die politischen Verhältnisse in Berlin im Juni 1948 zur „Spaltung“ in einen Ost- und West-Teil führten. Gleichzeitig setzte die Blockade West-Berlins ein. Das verzögerte die Entwicklung zur Normalität in diesem Teil der Stadt erheblich.

### **Die Schulhelfer?**

Jeder, der keiner NS-Organisation angehört hatte, konnte sich nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes als Lehrer bewerben, einen gewissen Bildungsstand vorausgesetzt. Das waren Ingenieure, kaufmännische Angestellte aus der freien Wirtschaft u.ä. — meist Ältere, für die es damals keine Arbeit im erlernten Beruf gab.

Außerdem bewarben sich Abiturientinnen nach ihrem Schulabschluss; sowie ehemalige Lehrerinnen, die pädagogische Erfahrung hatten, aber nach ihrer Eheschließung aus dem Schuldienst ausscheiden mussten. (Diese Bestimmung aus dem Beamtenrecht wurde nach 1945 nicht mehr angewandt und mit der Wiedereinführung des Beamten-Status in Berlin um 1952/53 aufgehoben.) Nur wenige junge

Männer, die durch den Kriegsdienst gehindert wurden, einen Beruf zu ergreifen, waren in den ersten Nachkriegsjahren vorhanden. (Sie kamen nach und nach aus der Kriegsgefangenschaft, sofern sie den Krieg überlebt hatten.)

— Für die Jüngeren galt: sie durften in den NS-Jugendorganisationen keine „Führerstelle“ gehabt haben.

Zur Bewerbung musste u.a. der Nachweis über die berufliche Tätigkeit während der NS-Zeit beigebracht werden, sowie drei Leumundszeugnisse. (Sie sollten von Personen ausgestellt sein, die nicht Mitglied in einer NS-Organisation waren). Die behördliche Prüfung der Unterlagen nahm oft viele Wochen in Anspruch.

Danach konnten diese Bewerber ohne vorhergehende pädagogische Ausbildung an den Volksschulen (Grundschulen) eingestellt werden. Sie hatten selbständig Unterricht zu erteilen und eine Klasse zu leiten. Nebenberuflich erhielten sie in Seminaren eine pädagogische Ausbildung. Die meisten bewährten sich im neuen Beruf. Manche kehrten, obwohl sie die Lehrerprüfungen abgelegt hatten, in ihren erlernten Beruf zurück, wenn sich eine Möglichkeit bot. Einige bestanden die Prüfungen nicht und wurden entlassen. Erst Anfang

der 50er Jahre normalisierten sich die Verhältnisse allmählich. Diese Bemerkungen über die besondere Lage im (West-)Berliner Schulwesen nach 1945 möchte ich zum besseren Verständnis voranstellen, bevor ich aus meiner Erfahrung auf die Lehrerausbildung und auf den Unterricht an der Hilfsschule Tempelhof eingehen werde.

### **Das Einstellungsverfahren**

„Mit Wirkung vom 1. Dezember 1947 haben wir Sie vorbehaltlich der Genehmigung uns übergeordneter Dienststellen als Schulhelfer für die Hilfsschule eingestellt...“ — Das Gespräch bei dem zuständigen Schulrat endete so: „Gehen Sie mal zur Hilfsschule, die brauchen einen Mann.“ — Die Einstellung als Schulhelfer an einer Hilfsschule war nicht üblich; sie sollte ohne pädagogische Erfahrung nach Auffassung der Berliner Schulbehörde nicht erfolgen. — Mir ist nicht bekannt, ob es ähnliche Fälle in anderen Bezirken gegeben hat.

Als ich im November 1947 aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrte, musste ich mir aus dem Nichts eine Existenzgrundlage schaffen. Zunächst hatte die „Wiedereingliederung“ in das „normale“ Leben (Beschaffung von Personalausweis, Wohnraumeinweisung, Arbeitserlaubnis, Lebensmittelkarten) zu erfolgen. Die Aufnahme eines Studi-

ums war nicht möglich — auch aus finanziellen Gründen. Das letzte Schulzeugnis (vom Oktober 1942) mit dem Stempel der Reife und die 1944 erfolgte Immatrikulation waren jetzt bedeutungslos. Zwei Wochen nach Abgabe der Bewerbung fand das oben erwähnte Gespräch beim Schulrat statt. — Wie ich einer Bemerkung des Verwaltungsleiters des Schulamtes entnahm, hatte er sich meines Namens aus dem Schriftverkehr mit dem Askanischen Gymnasiums (aus meiner Schulzeit) erinnert, aus dem hervorging, dass ich nicht der HJ angehört hatte. Das hatte meine Einstellung in den Schuldienst zum 1. Dezember 1947 beschleunigt. — Einen Wunsch, zur Hilfsschule zu gehen, hatte ich nicht. Mir wäre jede andere Schulart willkommener gewesen.

### **Die Situation an der Hilfsschule Tempelhof (1947)**

Das Gebäude der Hilfsschule bestand aus zwei Steinbaracken, die in beiden Weltkriegen als Entlassungsstelle für schwerverwundete Soldaten gedient hatten. Während dieser Zeit waren die Klassen der Hilfsschule in einer Volksschule untergebracht. — Jedes Haus, (das zweite war noch nicht wieder hergerichtet worden,) hatte sechs Klassenräume, jedoch keine Fachräume. In den Klassenräumen hingen Schiebetafeln; Tische und Stühle waren aus verschiedenen Haus-



halten bunt zusammengewürfelt. Ein Lehrerzimmer gab es nicht. Die Beheizung der Räume erfolgte durch Kachelöfen.

Der Schulleiter (über 65 Jahre) wies mich sogleich an eine Hilfsschullehrerin, die „alles besorgen würde“. Sie war 1933 nach ihrer Eheschließung — wie damals üblich — aus dem Schuldienst entlassen worden. Jetzt musste sie (Kriegerwitwe) für sich und ihre schulpflichtigen Kinder sorgen. Seit Wiederaufnahme des Unterrichts im April 1946 regelte sie den Schulbetrieb.

Eine weitere Lehrerin hatte in den 20er Jahren aus dem gleichen Grund ausscheiden müssen — noch ohne 2. Lehrprüfung! Außerdem unterrichteten eine Musiklehrerin aus Schlesien (ohne Pädagogik) sowie eine ältere (entnazifizierte) Hilfsschullehrerin und eine Lehrerin (kurz vor dem Abschluss ihrer Prüfung als Hilfsschullehrerin) an der Schule. — Etwa 150 Jungen und Mädchen besuchten die Hilfsschule Tempelhof. — Meine Tätigkeit begann mit der Vertretung in der 3. Hilfsschulklasse (heute:

5. Klasse) für sechs Wochen — ohne Mentor und ohne nähere Anweisung für den Unterricht. Danach wurde eine andere Klasse mit 38 Schülern geteilt.

### **Die Schüler meiner Klasse**

Mir wurden 13 Jungen und 4 Mädchen im Alter von 10 — 12 Jahren zugeteilt (etwa 6. Klasse).

Die Kinder wirkten schwerfällig und schwächlich. Sie hatten den Bombenkrieg erlebt, z. T. auch den Totalverlust des Elternhauses, einige eine Evakuierung in ländliche Gebiete, die Wirren der letzten Kriegstage in Berlin und die Not danach. Manche hatten keine Erinnerung an ihre Väter, von denen einige im Krieg umgekommen, andere noch nicht zurückgekehrt waren.

Ihre Lernschwierigkeiten konnten durch diese Erlebnisse oder durch ungünstige soziale Verhältnisse bedingt sein. Viele Kinder wuchsen in Laubenkolonien auf. Von anderen war bekannt, dass sie aus „Hilfsschulfamilien“ kamen. Vater und/oder Mutter hatten keinen Schulabschluss oder hatten auch schon die Hilfsschule besucht.

Die unzureichende Ernährung in der Nachkriegszeit machte sie gesundheitlich anfällig. — Ein Herumtreiben und Schwänzen des Unterrichts kam in der kalten Jahreszeit nicht vor. Im Rahmen ihrer Fähigkeiten waren sie bemüht zu lernen, ohne den Unterricht zu stören und ohne sich in den Pausen wild zu balgen. Andere Schüler fehlten gelegentlich, weil sie kleinere Geschwister beaufsichtigen mussten. Die meisten gingen gern zur Schule, um das häusliche Elend für einige Stunden vergessen zu können, zumal die Schulstuben geheizt waren.

### **Erste Unterrichtsversuche**

Da ich mit dem Begriff „Hilfsschüler“ nichts Genaues verband und keine didaktischen oder methodischen Kenntnisse besaß, war mein Unterricht diesem Schülerkreis anfangs kaum angemessen. Anregungen durch einen erfahrenen Hilfsschullehrer hatte ich in den ersten Wochen nicht. Erschwerend wirkte sich das Fehlen von Lese- und Rechenbüchern für die Schüler aus, die zugleich eine Orientierungshilfe für den Unterricht gewesen wären. Schulbücher aus der NS-Zeit waren auf Anordnung der Alliierten eingezogen und vernichtet worden; neue waren noch nicht erschienen. Einen Lehr- oder Rahmenplan gab es nicht. Die Allgemeinen Richtlinien von 1942 waren bei Kriegsende sofort außer Kraft gesetzt worden. Folglich wurde auf den Lehrplan für die Hilfsschulen der Stadt Berlin von 1923/24 zurückgegriffen, sofern er damals greifbar war. Die Kinder blieben während der kalten Jahreszeit in allen Pausen in den Klassen. Jeder Lehrer hatte seine Klasse zu beaufsichtigen. Dadurch ergaben sich aufschlussreiche Gespräche. Die meisten Jungen und Mädchen erzählten spontan von ihren Erlebnissen, vor allem von ihren häufigen Kinobesuchen, aber auch von ihren Schwierigkeiten und ihrer ungünstigen Familiensituation. Dabei erkannte ich, dass sie in einer anderen — mir noch fremden — Lebenswelt

aufwachsen, in der das Lernen einen geringen Wert besaß. — Mich beeindruckte ihre Offenheit. Diese Kinder hatten meist nur ihre Mütter und Lehrerinnen als Erzieherinnen kennen gelernt. Sie suchten offensichtlich nach einem „Ersatzvater“. Das Eingehen auf ihre Probleme und das ihnen entgegengebrachte Vertrauen wirkten sich günstig auf den Unterricht aus. Diese Erkenntnis gab den entscheidenden Ausschlag, den benachteiligten Kindern auch in Zukunft helfen zu wollen.

### **Erste Anfänge**

Im Laufe des folgenden Jahres erhielt ich von den älteren Kolleginnen den Rat, nach einem umweltkundlich ausgerichteten Gesamtunterricht zu unterrichten: Rechnen, Lesen und Schreiben sollten sich auf ein Thema beziehen, das eine Woche den gesamten Unterricht beherrschte. Hinzu kommen sollten „tägliche Übungen“ im Kopfrechnen. Die Voraussetzungen für einen anschaulichen Unterricht waren begrenzt. Das Bild- und Kartenmaterial der Schule war verloren gegangen. Lediglich Tafelkreide stand zur Verfügung für Skizzen an der Wandtafel. Schreibhefte und Zeichenmaterial gab es selten. Das änderte sich erst nach der Währungsreform (Einführung der D-Mark). Für den Werkunterricht (mit Papier, Pappe oder Holz) fehlten Material, Werkzeuge und der Fachraum (Werk-

räume erhielt die Schule mit dem Neubau 1956). Eine Turnhalle war nicht vorhanden; sie entstand ebenfalls mit dem Neubau. Ein Spielplatz fehlte ebenfalls.

Kurze, einfache Tafeltexte aus dem täglichen Unterrichtsgeschehen oder Erlebnisse der Kinder dienten zur Vertiefung der Lesefertigkeit und führten zu klärenden Gesprächen. Es war ein mühevoller Unterricht, der die Schüler zum Denken und Nachdenken über ihre Umwelt anregen sollte.

Jeder Lehrer unterrichtete alle „Fächer“ — soweit es möglich war — in seiner Klasse. Die Unterrichtsverpflichtung betrug nach der 2. Lehrerprüfung 22 Wochenstunden an den Hilfsschulen. Für die Ausbildung ermäßigte sich das Soll um vier Stunden. Da der Mittwoch ganztägig Seminartag war, blieben die Schüler an diesem Tag ohne Unterricht. Mehr als 20% des Unterrichts entfielen, da nicht genügend Lehrkräfte vorhanden waren.

### **Die pädagogische Ausbildung**

Die Ausbildung erfolgte in Seminargruppen, deren Teilnehmer sich nach Alter und Vorbildung unterschieden. (Nach 1950 wurden Kandidaten über 30 Jahre und ohne Abitur nicht mehr eingestellt.) Die nebenberufliche Ausbildung umfasste Methodik im Lesenlernen — für die Volksschule; daneben Lesemethoden vergangener Jahrhunderte, aber

auch die neueren Verfahren, wie Ganzwort- und Ganzsatzmethode. Ferner Methodik der Grundrechenarten — für die ersten vier Jahre der Volksschule, sowie Lerninhalte für den heimatkundlichen Unterricht des Bezirkes Tempelhof. Das war ein hilfreicher Grundstein für die Teilnehmer, die aus anderen Teilen des ehemaligen deutschen Reiches zugezogen waren — für den Unterricht in der Volksschule. Er musste nach eigenen Vorstellungen für den Unterricht in der Hilfsschule umgestaltet werden — oft durch „trial and error“. — Eine Lehrerbibliothek zum Studium und zur Vorbereitung des Unterrichts gab es nicht; auch sie war im Krieg verloren gegangen. — Einbezogen in die pädagogische Diskussion wurde der Gesamtunterricht (fächerübergreifender Unterricht). Die Bemühungen alle Lerninhalte, dem Alter und dem Verständnis der Kinder angepasst zu bündeln, waren eine zeitaufwendige Aufgabe. Zur Intensivierung des Gesamtunterrichts waren regelmäßige kurze Lehrspaziergänge in die nähere Umgebung der Schule hilfreich. Mit den Schülern der Oberstufe wurden Fabriken besichtigt, die ihre Produktion wieder aufgenommen hatten. Diese Thematik erhielt mit der Einführung des 9. Schuljahres größere Bedeutung (1949). In der 9. Klasse sollten die bis dahin erworbenen Kenntnisse und Fertigkeiten gefestigt werden unter dem Aspekt

der beruflichen Eingliederung. Hintergrund des zusätzlichen Schuljahres, das schon in den 20er Jahren vom Berliner Hilfsschulverband gefordert worden war, war die hohe Arbeitslosigkeit der Jugendlichen. Industrie und Wirtschaft kamen durch die Blockade nur langsam wieder in Gang. Ein anderes Thema waren die schriftlichen Arbeiten — in der Volksschule, — die in ihren vielfältigen Formen und Möglichkeiten (vom selbständigen Aufschreiben einiger Sätze bis zum Sachbericht) erörtert wurden. Die kulturgeschichtliche Entwicklung (z. B. vom Einbaum bis zum Ozeanriesen) hatte den „alten“ Geschichtsunterricht zu ersetzen. Für den Aufbau von Unterrichtslektionen wurden die Formalstufen von Herbart-Ziller bevorzugt mit

Vorbereitung/Einstimmung  
Zielansage  
Erarbeitung (in Teilen oder Abschnitten)  
Wort- und Sachklärungen  
Wiederholung (durch die Schüler).

Daran schloss sich die Aufgabenstellung an, für die genaue Regelungen zu geben waren.

Montags war eine Wochenübersicht für den geplanten Unterricht vorzulegen — mit zwei Lektionen (im Umfang von je einer Seite). Sie wurden mit der Mentorin besprochen. Unterrichtsbesuche

fanden kaum statt — wegen Lehrermangel. Der Ausbildungsleiter kam ca. vierteljährlich — unangemeldet. Er beurteilte die Vorbereitung und Durchführung der gerade laufenden Unterrichtsstunde.

In Kursen an der Volkshochschule interessierte ich mich für Testverfahren, die ich in der Schulpraxis anwenden konnte, wie  
WARTEGG-Erzähltest,  
Familie in Tieren,  
Soziogramm.

Sie gaben z. B. Aufschluss über die Schülerpersönlichkeit und über das Beziehungsgeflecht der Schüler in ihrer Familie bzw. in der Klasse. — Während der Blockade (24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949) mussten alle Kurse und Veranstaltungen am frühen Nachmittag stattfinden. Denn um 18 Uhr stellten die Straßenbahnen und U-Bahnen wegen anschließender Stromsperre den Betrieb ein. Zuhause arbeiteten wir stundenweise bei Kerzenlicht. Die nebenberufliche Ausbildung umfasste für alle Schulhelfer sechs Stunden Methodik (Deutsch, Rechnen, Heimatkunde) — nachmittags; sowie je zwei Stunden Pädagogik, Psychologie und Unterrichtslehre und eine Stunde Sprecherziehung am Mittwochvormittag. Hinzu kam eine Arbeitsgemeinschaft nach Wahl. In allen Disziplinen waren

Semester-Klausuren zu schreiben und Hausarbeiten.

Der zweite Ausbildungsabschnitt beschränkte sich auf Pädagogik, Psychologie und Unterrichtslehre (je 2 Stunden wöchentlich). Dazu kamen fakultative Kurse von je zwei Stunden. Außerdem war ein Sportkursus zu absolvieren. Hausarbeiten und Klausuren waren im gleichen Umfang vorgesehen wie zuvor. — Für die an den Sonderschulen tätigen Lehramtsanwärter gab es noch eine Heilpädagogische Arbeitsgemeinschaft (überbezirklich; in Kreuzberg), deren Besuch fakultativ blieb.

### **Die Lehrerbildner**

Im Bezirk Tempelhof hatten engagierte Lehrer, Schulleiter und Schulräte die Ausbildung übernommen. Die meisten waren um oder älter als 65 Jahre. Die Vermittlung pädagogischer Kenntnisse basierte auf ihren Erfahrungen und auf Wissen, das sie in den 20er Jahren oder früher erworben hatten. Denn während der NS-Jahre gab es keinen Fortschritt, auch keine unpolitische pädagogische Literatur zur Weiterbildung — nur Indoktrination mit nationalsozialistischem Gedankengut. — Soweit jetzt neuere Literatur erreichbar war, wurde sie in den Seminarunterricht einbezogen.

Anfangs war man bestrebt, an die 1933 abgebrochene Reform-Entwicklung anzuknüpfen. Daher

beherrschten die pädagogischen Ideen z. B. von H. GAUDIG (freie geistige Tätigkeit in der Gestaltung des Schullebens), von G. KERSCHENSTEINER (Arbeits-schulgedanke und staatsbürgerliche Erziehung der Jugend), A. SICKINGER (Mannheimer Schulsystem), H. SCHARRELMANN (Gegner der alten Lernschule), F. GANSBERG (Arbeits-schule) und andere die Lehrerbildung.

### **Die Einbeziehung neuer Erkenntnisse**

Neben den Schwerpunkten wie ganzheitliche Lesemethoden und Gesamtunterricht waren neuere Erkenntnisse aus der Psychologie des Kindes und Schulkindes bedeutungsvoll. Die Persönlichkeit des Kindes war in ihrem jeweiligen Entwicklungszustand zu würdigen, um den Kindern Misserfolge in der Schule zu ersparen. Daher lehnte man die Einheitsschule ab und drängte auf Teilung in Praktischen, Technischen und Wissenschaftlichen Zweig. — Nach dem Zerfall der Stadt in Ost- und in West-Berlin erfolgte bald die Wiederherstellung des dreigliedrigen Schulsystems im Westteil. Zu keinem Zeitpunkt war die Selbständigkeit der Hilfs- und Sonderschulen in Frage gestellt. Mit ihrer Einreihung in die Einheitsschule befassten sich die Schulreformer nicht — wie 1920 auf der Reichs-

schulkonferenz. Der Frontalunterricht mit Ausrichtung auf den Lehrer sollte überdacht werden. Eine Abkehr von der starren Sitzordnung der Schüler war abhängig vom Mobiliar. Mit beweglichen Tischen und Stühlen wurde eine Sitzordnung in U-Form bevorzugt. Dagegen erfolgten Einwände, da die Beleuchtung in den Klassen den Anforderungen nicht entsprach. Oft blieb es daher beim Frontalunterricht.

Im Unterrichtsgeschehen und in der Erziehung in der Vorkriegszeit wurden Ursachen für die Grausamkeiten und Unmenschlichkeiten der NS-Vergangenheit vermutet. Einige sahen in den deutschen Märchen Tendenzen für die Entstehung des abnormen Verhaltens. Märchen wurden aus dem Unterricht verbannt. Andere glaubten, Heldensagen könnten die Gewalttätigkeiten gefördert haben. Sie waren in Zukunft unerwünscht. Ebenso wurde der Geschichtsunterricht aus dem Stundenplan gestrichen, da die zahlreichen Kriege zu oft im Mittelpunkt gestanden hatten. Dafür sollte die kulturkundliche Entwicklung stärker betont werden; ebenso eine Gemeinschaftskunde, die alle Schüler zu demokratischen Verhaltensweisen führen sollte.

### **Weitere Unzulänglichkeiten**

Obwohl schulische Angelegenheiten auf den Konferenzen (einmal im Monat üblich!) disku-

tiert wurden, ließen sich viele Probleme nicht lösen. Geldmittel blieben knapp und die Anschaffung von Lehr- und Lernmitteln scheiterte an der noch fehlenden Produktion: Schreibhefte waren selten erhältlich. Lesebücher für die Hilfsschule fehlten. Die Verwendung von Lesebüchern für die 4. Klasse der Volksschule in der Oberstufe der Hilfsschule blieb problematisch. Der Sprachschatz der Hilfsschüler war der Textgestaltung nicht gewachsen. Außerdem kamen Proteste einiger Eltern, die ihr Kind bei Verwendung von Lesestoff der Volksschule in die Grundschule zurückgeführt haben wollten.

Bis zur Herausgabe von neuen Büchern für die Hilfsschule vergingen noch einige Jahre. Obwohl die ersten Neuerscheinungen von Lese- und Rechenbüchern (vom Bayrischen Schulbuchverlag) in Berlin nicht zugelassen waren, wurde ihre Verwendung „zur Erprobung“ vom Schulamt in Tempelhof nicht beanstandet.

Für den Werkunterricht gab es keine Teilungsstunden, so dass mit ca. 15 Jungen gleichzeitig gearbeitet werden musste. — Die Teilnahme an den fakultativen Kursen (Basteltechniken, Werken mit Papier, Pappe und Holz) hatte mich zur praktischen Erprobung und Umsetzung dieser Techniken im Unterricht meiner

Klasse angeregt. Durch Seminarübungen, die nur in der Normalschule stattfanden, blieb die Verbindung zur Grundschule erhalten. Dabei konnten Überlegungen aus der Sicht der Hilfsschule zu Problemen des Unterrichts eingebracht werden. Diese Gespräche weckten bei einigen jungen Lehrerinnen und Lehrern das Interesse für die Arbeit an der Hilfsschule, so dass sie nach ihrer 1. Lehrerprüfung bereit waren, an die Hilfsschule zu wechseln.

### **Der Ausbau der Hilfsschule**

Die Notwendigkeit zur Vergrößerung der Lehrerschaft der Hilfsschule war durch Rückkehr evakuierter Familien, durch Zuzüge von Familien aus anderen Bezirken und durch Vertriebene aus den Ost-Gebieten erforderlich geworden. Diese Kinder hatten zum Teil kaum Unterricht bzw. Unterricht in einer anderen Sprache erhalten. Aber auch höhere Geburtenraten wirkten sich aus. Die hohen Frequenzen in der Grundschule (um oder über 50!) führten dazu, dass mehr zurückgebliebene Schüler zur Hilfsschule überwiesen wurden. Der Begriff „Hilfsschule“ stand wieder für „Helfen“. — Der verstärkte Zustrom zur Hilfsschule erfolgte auch durch eine veränderte Erziehungssituation. Jetzt wirkte sich eine z. T. falsche oder fehlende häusliche Erziehung aus, und zwar durch unvollständige

Familien, Ganztagsarbeit der Mütter, ohne Möglichkeit der Kinderbetreuung. Das führte bei manchen Kindern zu Tendenzen der Vernachlässigung oder der Verwahrlosung. Durchaus nicht alle Hilfsschüler erwiesen sich als schwachsinnig. Sie waren z. T. erzieherisch schwieriger, uninteressierter, lernunwillig und weniger zugänglich. Sie waren in ihrer gesamten Entwicklung, insbesondere in der geistigen Entwicklung zurückgeblieben, weil in der Zeit, in der die geistige Tätigkeit im Gehirn reift, nichts zu ihrer Förderung geschehen war.

Damals diskutierte man die Ursachen „Vererbung oder Milieuschädigung“ erneut, wobei dem zuletzt genannten Faktor größere Bedeutung zugeschrieben wurde. Heute wissen wir aus der Gehirnforschung, dass die frühkindlichen Erlebnisse des Bombenkrieges, die häufig gestörte Nachtruhe, die Abwesenheit des Vaters oder gar der Verlust des Vaters im Kriege, das Alleinsein, während die Mutter arbeiten ging, zu vielfältigen Störungen vor allem in der geistigen Entwicklung beitragen. Nach SPITZER (Lernen — die Gehirnforschung und die Schule des Lebens, 2003) erschweren diese und ähnliche frühkindliche Erlebnisse das spätere Lernen.

Aus den sechs Klassen der Tempelhofer Hilfsschule (1947) wurden bis Ende 1952 18 Klas-

sen mit einer Frequenz von mehr als 20 Schülern. Diese Vergrößerung erforderte einen Unterricht in zwei Schichten: eine Woche von 8 — 12.30 Uhr und die folgende Woche von 13 — 17.30 Uhr. Das war mit erheblichen Schwierigkeiten verbunden. Schüler, die einige Tage wegen Krankheit gefehlt hatten, kamen oftmals zur falschen Zeit zum Unterricht. Zur Vergrößerung des Kollegiums wurden ältere Lehrer — ohne Sonderschulbildung — an die Hilfsschule versetzt, aber auch jüngere, die bereits die 1. Lehrerprüfung abgelegt hatten. Häufig fanden Volksschullehrer, die den Ostteil der Stadt verließen, an den Hilfsschulen im Westteil eine Anstellung. Die Fluktuation der Lehrer war in der Folgezeit erheblich, da mit der Überleitung in das Beamtenverhältnis (ab 1953) Pensionierungen der älteren Kollegen (über 65 Jahre) erfolgten. In den Sommerferien veranstaltete die Stadt Berlin „Ferienspiele“ unter dem Motto „Erholung im Grünen“, da Reisemöglichkeiten für die meisten Berliner Familien mit ihren Kindern nicht bestanden. Die jüngeren Lehrkräfte wurden als Betreuer herangezogen. Etwa ein Drittel der Tempelhofer Hilfsschüler nahm an diesen Aktionen teil, begleitet von drei Lehrkräften. Im zugewiesenen Waldstück (in Lichtenrade) veranstalteten wir mit den Kindern Spiele und Vorlesestunden. Schwieriger war

es, sie an Regentagen vom frühen Vormittag bis zum späten Nachmittag im Zelt zu beschäftigen. Die Kinder erhielten hier zwei Mahlzeiten. Wanderungen in die nähere Umgebung waren wegen der Grenznähe nicht möglich. Die Hin- und Rückfahrt erfolgte mit der Straßenbahn.

War die Belastung durch Unterricht, Ausbildung und solchen Extras schon erheblich, so wurden außerdem regelmäßige Hausbesuche bei allen Eltern im Laufe eines Schuljahres erwartet. Sie boten Einblick in die Lebensverhältnisse dieser Familien und blieben oft die einzige Möglichkeit des Kontaktes zwischen Schule und Elternhaus. Denn zu den Elternabenden erschienen nur wenige Eltern, obwohl sie in der Regel mit Präsentationen von Schülerarbeiten und Aufführungen verbunden wurden. Weite Wege, ungünstige Verkehrsverhältnisse in den Abendstunden, Beaufsichtigung von kleinen Kindern und Erwerbstätigkeit erwiesen sich als erhebliche Hinderungsgründe.

### **Lehrerprüfungen in der Hilfsschule**

Die Meldung zur Prüfung sollte frühestens nach zwei Jahren Schuldienst, aber innerhalb von fünf Jahren erfolgen. Eine Wiederholung bei Nichtbestehen war möglich. Die Erste Lehrerprüfung war für den Volksschuldienst ab-

zulegen. Mit der Meldung war die Hausarbeit abzugeben. Bis zur mündlichen Prüfung vergingen in der Regel einige Monate. — Ich hatte keine Unterrichtserfahrungen an der Volksschule (Grundschule) vorzuweisen, (die Prüfenden keine an der Hilfsschule!). Zum Thema meiner Hausarbeit wählte ich „Unsere Pflicht, die Schwachen zu fördern“ in Absprache mit der Schulleitung. Neben Erfahrungen und Folgerungen aus Hausbesuchen stellte ich die Einzelförderung von drei Schülern, deren Leistungen jeweils in einem Fach weit unter dem Niveau der Klasse lagen, im Lesen, Rechnen und in der Rechtschreibung in den Mittelpunkt. Diese Förderung hatte ich in zusätzlichen Stunden im Anschluss an den Unterricht durchgeführt.

Die mündliche Prüfung erfolgte drei Monate später. Drei Kandidaten hielten nacheinander am gleichen Tag ihre Unterrichtslektionen — jeder in seiner Schule. Die Prüfungskommission (Ausbildungsleiter, Schulrat, Oberschulrat) „reiste“ von einer Schule in die nächste, zuletzt in die Hilfsschule, denn sie war mit der Unterrichtsverlegung beweglicher als die Volksschulen. Danach begann die mündliche Prüfung in Pädagogik, Schulrecht und Schulverwaltung. Auf die bestandene Prüfung erfolgte die Ernennung zum „Schulamtsanwärter“.

Die Zweite Lehrerprüfung war eine Einzelprüfung. Mit der Meldung (zwei Jahre nach der 1. Prüfung) war der „Tätigkeitsbericht“ abzugeben (Hausarbeit). Es war u. a. darzustellen, wie die in den Seminaren durchgearbeitete Literatur im Unterricht berücksichtigt wurde. — Da ab 1950 ältere Kollegen nach ihrer Entnazifizierung in den Schuldienst zurückkehrten, ließ ich mir bei ihnen Hilfsschulliteratur (Stötzner, Horrix, Fuchs, Raatz) aus. Erkenntnisse aus dieser Literatur hatte ich für meinen Unterricht als bedeutsam herausgestellt und begründet. Eingehend hatte ich mich mit Werkunterricht, Gartenarbeit, Anschauungsunterricht, mit der Arbeit am Sandtisch, mit Tägliche Übungen u. ä. im Unterricht beschäftigt und Erfahrungen aus diesen Bereichen beschrieben. — Da alle Aussagen auf die Arbeit in der Hilfsschule bezogen waren, führte die Oberschulrätin für das Sonderschulwesen den Vorsitz bei dieser Prüfung. Die mündliche Prüfung erstreckte sich ebenfalls auf die Thematik der Hilfsschule. — Doch war nun erst die Voraussetzung für die Zulassung zur Ausbildung als Sonderschullehrer erreicht. Der Weg bis hierhin war mühsam. Die Vorbereitungen auf Unterricht und Prüfungen hatten eine autodidaktische Arbeit erfordert, die durch die gewährten Freiheiten und ständige Beratung in der zweiten Phase erfolg-

reich umgesetzt werden konnte.

### **Nachsatz:**

Diese Arbeit entstand auf Anregung der Schriftleitung, „Sonderpädagogik in Berlin“ Frau Schofer. Es sollte die anders geprägte Arbeit in jener Zeit mit den (als bekannt vorausgesetzten) Schwierigkeiten der Gegenwart verglichen werden.